

Haushaltsrede

Thomas Giegerich (Grüne)

Die grüne Stadtratsfraktion hat jahrelang, eigentlich sogar jahrzehntelang, den jeweiligen Haushalt abgelehnt, bzw. ablehnen müssen. Zu sehr war der Fokus auf eine autogerechte Stadt ausgerichtet, Das hat sich geändert, daher gab es in den vergangenen Jahren die Zustimmung seitens unserer Fraktion – obwohl wir nie so richtig glücklich sein konnten:

Denn da, wo wir uns politisch durchsetzen und Mehrheiten finden konnten, wurden im Haushalt zwar Mittel angesetzt – aber nicht abgerufen. Bestes Beispiel ist das Thema Radverkehr.

Doch jetzt ist es endgültig an der Zeit, dass sich die Themen Nachhaltigkeit und Klimawandel nicht nur in Worthülsen, sondern in praktischen Beschlüssen und vor allen in deren Umsetzung wiederfinden lässt. Wir werden daher mehrheitlich (Pestalozzi-Schwimmbad sorgt evtl. für eine Gegenstimme) – quasi auch als Vertrauensvorschuss für den neu gewählten Oberbürgermeister und den neu gewählten Stadtrat und auch wegen der coronabedingten Anlaufschwierigkeiten dem Haushalt 2021 zustimmen – auch wenn wir nicht rundherum zufrieden sein können und dürfen. Es wird sich in den kommenden Jahren zeigen, ob sich auch in den Finanzen das wiederfindet, was derzeit dringend notwendig ist: Den Klimawandel zu bekämpfen und für eine nachhaltige Haushaltspolitik zu sorgen.

Kurzer Faktencheck:

Energiesparmaßnahmen:

PV-Anlagen, Wärmedämmung, neue Fenster u. Ä. in städtischen Gebäude. Ja, da haben wir in den letzten 10/15 Jahren viel gemacht, sogar letztlich Millionen ausgegeben. Was hat's gebracht? Unsere Ausgaben für Strom und Heizung in städtischen Gebäuden sind im Vergleich zu 2012 sind sie gestiegen! Und das belastet unseren Haushalt. Eine monetäre Belastung. Vor allem: für den Haushalt 2021 planen wir bei Heizungskosten einen Anstieg von fast 20 Prozent ein. Bei Strom sind es immerhin noch 10 Prozent Anstieg. Ist das nachhaltig? Wohl kaum.

Da bleibt also noch viel zu tun. und da geht es nicht nur um eine finanzielle Belastung, sondern auch um eine Belastung für das Klima. Und ich frage mich, ob es hier im Raum irgendeinen Menschen gibt, der noch an das vom Stadtrat beschlossene Ziel, dass wir bis 2030 in unseren Gebäuden klimaneutral sind, erreichen werden? Wenn wir das wirklich wollen, muss sich das in den nächsten Haushalten massiv niederschlagen, weil jetzt ist das nicht der Fall..

Faktencheck Verkehr: Es hätte eigentlich keinen Beweis mehr bedürft, dass wir eine autogerechte Stadt sind. Denn wir sind es laut Studie zum Einzelhandel, die in wenigen Wochen im Wirtschaftsförderungsausschuss besprochen wird. Neben all den positiven Ergebnissen, sticht eines negativ heraus: Der Anteil der Radfahrer, die zum Einkaufen, Bummel oder Shoppen in die Innenstadt kommen, ist gering. Warum? Ganz einfach: Angebot und Nachfrage. Und das Angebot ist noch immer gering. Viel zu gering. Auch wenn Sie es bestreiten und auch die Verwaltung immer wieder betont, wieviel in den vergangenen Jahren diesbezüglich geleistet worden sei. Aus keinem einzigen Stadtteil – lassen Sie sich das mal auf der Zunge zergehen – aus keinem einzigen Stadtteil ist es möglich durchgehend auf einem richtigen regelkonformen Radweg in die Innenstadt zu kommen Aus keinem einzigen! Das, Herr Oberbürgermeister, da meine Damen und Herren des Stadtrates ist und bleibt ein Armutszeugnis. Dabei wäre ein echtes Radwegenetz nachhaltig und gut für unser Klima.

Aber sobald es um Konkretes geht, ist es vorbei: Als im Klimaplenum, nach all den schönen Reden, wieviel wir schon gemacht haben und uns vor lauter Auszeichnungen auf die Brust geklopft haben, unser Stadtplanungsamtschef ganz locker gesagt hat, um die Forderungen von Fridays for Future, das Radwegekonzept wie vom Stadtrat beschlossen (!) bis 2025 umzusetzen, brauchen wir im Jahr 3,5 Millionen im Etat und zwei zusätzliche Stellen, war es vorbei mit der vermeintlich guten Absicht des Stadtrates. Und wieder war eine Chance vertan, für unser Klima was zu tun.

In Sachen ÖPNV ist es nicht viel besser: Jetzt haben wir im Haushalt diesbezüglich

zwei Neuerungen: Die Aufgabenträgergesellschaft Amina und in der Verwaltung die Stelle eines Nahverkehrsbeauftragten. Beides muss der gesamte Stadtrat massiv unterstützen: Das eine um Pendler auf Bus und Bahn zu bringen, das andere um innerstädtisch voranzukommen. Beides wäre nachhaltig. Aber:

Die Verkehrsbetriebe müssen ja auch mitziehen. Wir haben vor anderthalb Jahren beschlossen, dass es für Jugendliche vergünstigte Monatskarten gibt. Wo sind sie geblieben? Noch immer nicht da. Was nützen uns gute Beschlüsse, wenn sie nicht umgesetzt werden? Die Begründung der Verkehrsbetriebe, die neuen Busse seien noch nicht da, ist ein Teufelskreis: Anstatt Corona zu nutzen – während der Pandemie fahren wir ja nicht den kompletten Fahrplan – wird auf neue Busse gewartet. Aber weitere zusätzliche Busse werden nicht bestellt – weil der Bedarf fehlen würde, obwohl die Stadt bis 2020 die Fahrgastzahlen ursprünglich verdoppeln wollte. Irgendwie drehen wir uns da im Kreise.

Innerstädtisch gibt es in Sachen Verkehr eine weitere Gruppe, die bislang viel zu sehr vernachlässigt wurde: Fußgänger.

Beispiel Frohsinnstraße: Außer der Beschilderung lässt nichts darauf schließen, dass dies ein verkehrsberuhigter Bereich ist. Doch wenn wir die Aufenthaltsqualität für Fußgänger steigern, so wirkt sich das auch für den Einzelhandel positiver nieder, als ein Parkplatz vor einem Geschäft. Man muss es nur wollen!

Ein großes Thema bei den Haushaltsberatungen hat der Stellenplan eingenommen. Natürlich müssen wir auf neuen Bedarf reagieren. Auch mit Stellen. Wenn aber plötzlich, quasi von heute auf morgen, 100 neue Stellen sein müssen dann muss man schon hinterfragen, was da schief gelaufen ist. Wenigstens wird es diesbezüglich eine Untersuchung der Organisationsstruktur geben.

Klar – wir brauchen neue Stellen im Jugendamt. Endlich wird es, wenn auch erst mal nur im Mini-Format, kommunale Kindergärten geben. Mit ein Grund übrigens, warum ich bzw. wir uns leichter tun diesem Haushalt zuzustimmen. Und klar ist, dass wir hierfür auch Personal brauchen.

Aber wissen Sie was mich erstaunt hat? Die Ämter, die keine Stellen für ihre

Aufgaben angemeldet haben. Beispiel ist das Bauordnungsamt und die Vorgärten des Grauens. Sie dürfen mich gerne mal zuhause besuchen: Bei mir gegenüber sind in den letzten drei Jahren etwa 15 neue Häuser gebaut worden. Der Bebauungsplan sieht konkrete Vorgaben für die Vorgärten vor: Mindestens 40 Prozent seien als – Zitat: »unversiegelte Grünfläche gärtnerisch zu gestalten«. Auch Baumpflanzungen sind da vorgeschrieben. Ich glaube einer hat sogar einen Baum gepflanzt, ein anderer ein Bonsaibäumchen und zwei, nein drei haben tatsächlich auch grün vor ihrer Haustür. Und alle anderen? Steine. Nichts als Steine. Und das ist kein Einzelfall. Und die Verwaltung lässt sie gewähren. Der Planungssenat bzw. das Plenum klopft sich auf die Schultern, von wegen was haben wir doch für nachhaltige Bebauungspläne, doch wie die Praxis aussieht, ist halt doch ganz was anderes.

Im vergangenen Jahr haben wir ein 1000-Bäume-Programm beschlossen und dafür 200.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Das war vor der Kommunalwahl.

Ausgegeben wurde nichts, wie wir vorhin erfahren haben – eine Unterrichtung im laufenden Haushaltsjahr erfolgte nicht.

Für dieses Jahr wurden nur noch 50.000 Euro eingestellt. Wir haben es vorhin noch mal versucht, was zu ändern, haben aber keine Mehrheit gefunden. Warum? Wir dieses Jahr keine Kommunalwahlen!

Damit wir unsere Stadt aber auch gestalten können, brauchen wir Flächen. Damit wir langfristig noch handlungsfähig sein können, müssen wir unser Vorkaufsrecht wesentlich stärker als zuvor ausnutzen und Flächen auch nicht mehr verkaufen, sondern nur verpachten. Das deutsche Institut für Urbanistik hat Anfang des Jahres ganz eindeutig verkündet: »Bodenpolitik wird für Kommunen zum Schlüsselinstrument der Stadtentwicklung.

Kommunen können durch eine strategische Bodenpolitik die verloren gegangene Handlungsfähigkeit sowie Gestaltungsoptionen für die Stadtentwicklung zurückgewinnen. „Die Bodenfrage“ wird zur Schlüsselfrage für eine nachhaltige, am Wohl der Allgemeinheit ausgerichtete Entwicklung der Städte und Gemeinden«. und weiter: »das kommunale Liegenschaftsvermögen ist als Grundlage für künftige Entwicklungen und Generationen zu erhalten und zu erweitern. »

Das heißt im Klartext: Nicht nur solche Flächen aufkaufen, die wir per Vorkaufsrecht

erwerben können, sondern auch vieles mehr was auf dem Markt zu haben ist. Dazu zählen auch Gewerbeflächen! Das wird auch Thema kommende Woche und im Wirtschaftsförderungsausschuss. Ein Antrag diesbezüglich wurde von mir bereits gestellt, ich kann ihnen jetzt schon verkünden, weitere werden folgen.

Sie haben vergangenes Jahr unserem Antrag zugestimmt, dass die Stadtbau die Flächen für Geschosswohnungsbau im Anwandel bekommt, und nicht Bauträger. Trauen Sie sich ruhig auch anderen Anträgen von uns in dieser Richtung zuzustimmen!

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Digitalisierung. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Wir wollen, nein wir müssen unsere städtischen Dienstleistungen bis Ende kommenden Jahres weitgehendste digital anbieten. Ob wir das schaffen? Trotz eines Digital-Bürgermeisters? Ich hab da so meine Zweifel, wen ich sehe wie im Rathaus die Abläufe sind. Nur ein Beispiel: Wir verstehen uns inzwischen als digitaler Stadtrat. Und im Rathaus? Da bleibt alles auf analoger Papierebene. Und warum ist das so? Obwohl wir längst als Stadtrat digital sind? Intern aber nicht. Warum? Weil es immer so war ...

Das lässt einen manchmal wirklich den Glauben verlieren: Die Fraktionssprecher haben am Freitag Post bekommen. Von der Stadt. Mit dabei ein Brief aus dem Kronberg-Gymnasium wegen dem Haushalt. Leider nicht per Mail, sondern per Briefpost. Verfasst am 20. Januar. Erhalten haben wir es am vergangen Freitag, vier Wochen später. Warum? Weil die Schulpост über die Stadt läuft, quasi die analoge Hauspost.

Ich glaube, wenn der Direktor des Kronberg uns sein Schreiben per Brieftaube zugestellt hätte, wäre es schneller gegangen. Und wäre wohl auch nachhaltiger gewesen ...